

Redner: Präsident Klaus-Hinrich Vater
Event: Jahresempfang 2015 der Industrie- und Handelskammer zu Kiel
Datum: 15. Januar 2015 – 16.00 Uhr
Ort: Kieler Schloss
Thema: Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ihr Beifall zeigt mir: Olympia weckt Emotionen! Und ich hoffe, dieser Griff ins Filmarchiv hat ihre Begeisterung für eine Neuauflage des olympischen Geistes in Kiel entfacht. Olympische und Paralympische Sommerspiele in Hamburg 2024 wären für den gesamten Norden eine riesige Chance! Der Präsident des Landessportverbandes, Hans-Jakob Tiessen, den ich herzlich begrüße, könnte hierzu auf höchstem Niveau begeisternd referieren.

Eine Chance für ein zweites, deutlich größer angelegtes Sommermärchen. Deutschland freut sich, wenn es Menschen aus aller Welt zu Gast haben kann. Je mehr, desto besser! Es wäre auch ein Beitrag, um das Deutschlandbild in der Welt neben Bergen und Festzelten um Küsten und Strände zu erweitern. Unser Bühnenbild spricht doch für sich. Die Tourismuswirtschaft im Norden würde nachhaltig davon profitieren.

Eine Chance, wesentliche Teile einer auf Verschleiß laufenden Infrastruktur nachhaltig und für deutsche Verhältnisse auch noch vergleichsweise zeitnah zu ertüchtigen, auszubauen und zukunftsfest zu gestalten. Dies gilt in erster Linie für Hamburg selbst und seine Anbindung, es gilt aber auch für den gesamten Norden.

Und nicht zuletzt eine Chance, unsere Kinder wieder mehr für den Sport zu begeistern. Kinder werden beim Sport sozialisiert und fit gemacht für das Leben – auch für das Berufsleben. Sie lernen, dass Leistung zum Erfolg führt. Sie lernen Disziplin und Teamfähigkeit und erfahren Begeisterung jenseits der virtuellen Welt von Computerspielen.

Im ersten Schritt wird es „nur“ um den Zuschlag für Hamburg gehen, und erst dann um die Partnerregionen. Aus meiner Sicht ist Schleswig-Holstein für die Sportarten Segeln, Surfen, Rudern, Beachvolleyball und Handball in hervorragender Weise geeignet. Die Weite im Land der Horizonte bei uns im Echten Norden kann und wird für viele Gäste eine sicherlich gänzlich neue Erfahrung und Bereicherung sein. Und wenn Sie mir an einem Abend wie diesem eine regional-patriotische Anmerkung erlauben: Die Landeshauptstadt, sehr geehrter Herr Stadtpräsident Tovar, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Kämpfer, wäre begeistert, ein drittes Mal das olympische Feuer entzünden zu können! Kiel kann Olympia und seien Sie versichert, die Wirtschaft wird alle Kräfte bündeln, um als verlässlicher Partner zur Verfügung zu stehen. Und

weil es so schön ist, möchte ich aus den Kieler Nachrichten vom 24.5.1966 zitieren. Dort steht es schwarz auf weiß: „Die Vergabe der Segelolympiade nach Kiel (1972) ist nach Ansicht der Industrie- und Handelskammer die große Chance für Schleswig-Holstein“. Also – wie heißt es so schön: Mast- und Schotbruch!

Soweit die Einleitung!

Meine Damen und Herren, herzlich willkommen und ein erfolgreiches Jahr 2015! Das wünscht Ihre Industrie- und Handelskammer zu Kiel, das wünsche ich Ihnen im Namen der Vollversammlung und des Präsidiums. Begrüßen Sie mit mir Herrn Landtagspräsidenten Klaus Schlie, Herrn Ministerpräsidenten Torsten Albig, Herrn Oppositionsführer Daniel Günther sowie die sehr geehrten Damen und Herren Parlamentarier aus dem Europa-Parlament, dem Deutschen Bundestag, dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und den zahlreichen Kommunalparlamenten unseres IHK-Bezirks, der ja bekanntlich von Damp bis Wedel reicht. Selbstverständlich begrüße ich auch die Damen und Herren Minister und Staatssekretäre sowie die Repräsentanten und Verwaltungschefs aus den Kreis- und Rathäusern.

Wir freuen uns über Sie alle, meine Damen und Herren. Sie wissen, dass bei Anlässen wie dem heutigen das eine oder andere Wort an Sie gerichtet wird. Bei dieser Form der Politikberatung geht es nicht darum, unseren Standort schlecht zu reden, sondern darum, ihn

zukunftsfähig zu gestalten. Das ist ein entscheidender Unterschied. Von uns ist in diesem Zusammenhang Fruststabilität gefordert, der eine oder andere von Ihnen muss Nehmerqualitäten aufweisen.

Ein ganz besonderer Gast der heutigen Veranstaltung ist unsere traditionsreiche Christian-Albrechts-Universität, die dieses Jahr ihren 350. Geburtstag feiert. Im Foyer ist die CAU bestens präsent. Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir ganz herzlich den Präsidenten Professor Lutz Kipp.

Lieber Herr Professor Kipp, da wir nicht so schnell wieder ein vergleichbares Hochschuljubiläum in unserem IHK-Bezirk feiern werden, freue ich mich auf Ihr kurzes Grußwort im Anschluss an meinen Beitrag.

Des Weiteren begrüße ich die Mitglieder unserer IHK-Familie von nah und fern. Allen voran und mit besonderer Freude den Ehrenpräsidenten des DIHK Konsul Prof. Hans Heinrich Driftmann und den Ehrenpräsidenten der IHK zu Kiel Konsul Dr. Fritz Süverkrüp. Herzlich willkommen heiße ich zudem – stellvertretend für unsere Nachbar- und Schwesterkammern – Frau Präses Kühn aus Lübeck, die auch an der Spitze unserer Arbeitsgemeinschaft IHK-Schleswig-Holstein steht, Präsident Uwe Möser aus Flensburg sowie deren Hauptgeschäftsführer Lars Schöning und Peter Michael Stein.

Aus der Unternehmerschaft begrüße ich den Hauptgeschäftsführer

der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein, Michael Thomas Fröhlich, sowie Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen aus unserem IHK-Bezirk. Seien Sie uns alle herzlich willkommen!

Und schließlich, meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir unseren heutigen Ehrengast, Herrn Dr. Eckhard Cordes, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. Der Ost-Ausschuss ist die älteste Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft und vertritt seit mehr als 60 Jahren die Interessen deutscher Unternehmen im östlichen Europa. Sehr geehrter Herr Dr. Cordes, wir danken wir Ihnen sehr, dass Sie uns nachher einen Einblick in das „spannende“ Verhältnis zwischen Russland und der EU gewähren. Die Wirtschaftssanktionen auf der einen und die protektionistischen Reaktionen Russlands auf der anderen Seite stellen auch hiesige Unternehmer vor Herausforderungen. Ich denke, meine Damen und Herren, aktueller kann das Thema eines Ehrengastes kaum sein.

Diesem Thema verdanken wir außerordentliches diplomatisches Interesse. Begrüßen Sie mit mir die Generalkonsulin der Republik Serbien sowie die Generalkonsuln der Volksrepublik China, der Ukraine, der Arabischen Republik Ägypten, der Russischen Föderation und der Hellenischen Republik. Exzellenzen, Ihr heutiger Besuch ist uns eine Ehre. Und natürlich heiße ich auch Sie willkommen, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des konsularischen Korps.

Aus Sicht unserer IHK-Organisation möchte ich folgendes anmerken: Es ist und bleibt Aufgabe der Politik zu entscheiden, ob Wirtschaftssanktionen eine geeignete Option in einem Konflikt wie diesem darstellen. Bei der Abwägung dieser Option muss völlig klar sein, dass sie an unterschiedlichsten Stellen Wirkung zeigen wird – und zwar in diesem Fall sowohl in Russland als auch bei uns. Unsere Aufgabe als IHK-Organisation ist es, diese Konsequenzen aufzuzeigen und in die politische Meinungsbildung zurück zu koppeln. Mehr aber auch nicht, hier gilt ganz klar das Primat der Politik. Und wenn es um den Schutz von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit geht, dann stehen wirtschaftliche Interessen selbstverständlich hinten an.

Nicht verstanden haben wir allerdings das Verbot für die russische Fregatte Boiky, an der letztjährigen Kieler Woche teilzunehmen. Es ist schwer nachzuvollziehen, dass während der heißesten Phase des Kalten Krieges russische Kriegsschiffe zur Kieler Woche kommen durften, und jetzt, wo doch Gespräche so wichtig sind, werden die russischen Seeleute ausgeladen. Es kann nicht falsch sein, gerade in krisenhaften Zeiten einen Beitrag zugunsten eines funktionierenden Miteinanders im Ostseeraum zu leisten. Der Charme der Ostseearbeit besteht für mich gerade darin, jenseits der großen formellen Zirkel die vielfältigen einzelnen Bewegungen zu stärken, und zwar gemeinsam mit allen Akteuren der EU und der Russischen Föderation. Dieses Pfand dürfen wir nicht leichtfertig aus der Hand geben.

Meine Damen und Herren, die Russische Föderation wird nicht von den USA und auch nicht von der Nato bedroht. Die unfähige russische Staatswirtschaft, die an den Bedürfnissen des Marktes und den Menschen vorbeiproduziert, ist die wirkliche Gefahr für Vladimir Putin und seine Regierung. Hinzu kommt das für uns nur schwer nachvollziehbare Selbstverständnis Putins und seiner zahlreichen Anhänger. Sie scheinen zu glauben, allein auf dieser Welt zu leben. Seien wir also gespannt auf den Vortrag von Herrn Dr. Cordes.

Ganz anders sieht es bei uns in Deutschland aus. Unser Erfolg basiert u.a. auch auf unserer Weltoffenheit. Und zu dieser gehört selbstverständlich eine Willkommenskultur auch und gerade für die Kriegsflüchtlinge dieser Welt! Dies gebietet schon unsere Geschichte, aber auch die Tatsache, dass wir vor Kraft nur so strotzen. Und sollte diese Kraft einmal nachlassen, dann wird das sicher nicht an unserer Hilfeleistung gelegen haben. Nach den jüngsten, feigen Terroranschlägen in Paris sollten wir die Menschen, die in ihrer Heimat tagtäglich dieser Form von Gewalt ausgesetzt sind, erst recht mit offenen Armen empfangen! Wir IHKs unterstützen die Eingliederung von Flüchtlingen ganz praktisch, indem wir durch Begutachten der beruflichen Qualifikationen und Fähigkeiten einen raschen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen.

Zu unserer Weltoffenheit gehört aber auch, dass wir aufhören, das Transatlantische Freihandelsabkommen so irrational zu diskutieren

wie bisher. Das Freihandelsabkommen mit den USA eröffnet gerade den kleinen und mittelgroßen Unternehmen in Deutschland die Chance zur Teilhabe am steigenden Handelsaustausch zwischen der EU und den USA. Ich warne in der aktuellen Debatte vor einer zunehmenden Reduzierung dieses Projektes auf Reizwörter wie „Genmais“ und „Nürnberger Rostbratwurst“. Das wird der Sache nicht gerecht. Wir sollten mehr über die großen Vorteile sprechen, und vor allem sollten wir nicht glauben, dass „Nicht-Verhandeln“ eine Option sein könnte. Die beiden größten Volkswirtschaften der Welt, Europa und Nordamerika, sprechen über die Regeln des Umgangs miteinander. Da können wir uns nicht hinstellen und sagen: „ohne uns“!

Meine Damen und Herren, damit komme ich zur heimischen Wirtschaft. Das Jahr 2014 war konjunkturell gesehen ein weitgehend befriedigendes Jahr, auch wenn im Jahresverlauf einige Dämpfer die Stimmungs- und Auftragslage der Unternehmen negativ beeinflusst haben. Immerhin gab es aber ein recht seltenes Ereignis zu feiern: Schleswig-Holstein belegte beim Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2014 den ersten Platz unter allen Bundesländern. Und weder das Tariftreue- und Vergabegesetz, das Anti-Korruptionsregister oder die Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf einen bundesdeutschen Spitzenwert noch die historisch niedrige Investitionsquote sowohl im Land als auch im Bund haben dazu beigetragen. Meine Damen und Herren Unternehmer-Kollegen, dieses Wachstum ist allein Ihr Verdienst und das Ihrer Mitarbeiter/innen!

Dieses Ergebnis und die Erhebungen des letzten Quartals bestärken unsere Hoffnung auf eine positive Entwicklung im gerade begonnenen Jahr. Für 2015 erwarten wir in Schleswig-Holstein einen ruhigen Konjunkturverlauf bei stabiler Binnennachfrage und weiterhin positiver Beschäftigungsentwicklung. Aber die Unternehmen sehen für die weitere Entwicklung erhebliche Risiken. Dabei werden neben den geopolitischen Unsicherheiten und der schwachen Konjunktur in der Eurozone zuallererst der zunehmend spürbare Fachkräftemangel und – wen wundert´s – die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen genannt: Die abschlagsfreie Rente mit 63, die Mütterrente, der Mindestlohn, die ausbleibenden Investitionen und die allerorts verrottende Infrastruktur. Allein der Bürokratie- und Regulierungswahnsinn rund um das Mindestlohngesetz, von dem die meisten glauben, dass es nur eine Lohnuntergrenze festschreibt. Dieser Wahnsinn, den Sie, verehrte Unternehmerkolleginnen und Unternehmerkollegen, ausbaden müssen, ist nicht nur eine Spaßbremse, sondern eine Wachstumsbremse und für manche sogar das Aus! Ich frage mich, ob die Volksvertreterinnen und Volksvertreter das wirklich so gewollt haben.

Meine Damen und Herren aus der Politik, Wohlstand und Wachstum sind keine Selbstläufer. Rückwärtsgewandte Umverteilungsgeschenke helfen unserer Volkswirtschaft nicht weiter, im Gegenteil, ihre Kräfte wirken schädigend.

Sehr geehrter Herr Dr. Stegner, im vergangenen Herbst haben Sie vor einer stattlichen Zahl von Unternehmern – bewundernswert offen übrigens – die Agenda 2010 als einen der größten Fehler in der Geschichte der SPD bezeichnet, der vollständig korrigiert gehöre. Wir bräuchten zudem mehr Umverteilung und mehr Mitbestimmung in den Betrieben. Da Sie sowohl für die Landes- als auch für die Bundes-SPD zeichnen, lieber Herr Dr. Stegner, müssen wir diese Auffassung sehr ernst nehmen.

Ich halte klar dagegen, meine Damen und Herren. Die Agenda 2010 ist zweifelsfrei das erfolgreichste und in seiner Wirkung zugleich sozialste Reformprojekt der vergangenen Jahrzehnte. In den vergangenen acht Jahren sind im Europa außerhalb Deutschlands gut sechs Mio. Arbeitsplätze verloren gegangen, die meisten davon in Spanien. Im gleichen Zeitraum sind in Deutschland deutlich mehr als zwei Mio. neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Es gibt bei uns heute mehr Beschäftigte als jemals zuvor. Und die Einnahmen des Staates haben ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht.

Lieber Herr Dr. Stegner, nicht die Agenda 2010 gehört korrigiert, sondern die jüngsten, völlig kontraproduktiven Gesetzgebungsmaßnahmen unserer Bundesregierung! Diese sozialromantischen Selbstverwirklichungstribe am Mammutbaum Deutscher Sozialgesetzgebung sind so falsch wie nur irgendetwas. Die Rente mit 63 lässt völlig außer Acht, dass wir in nicht einmal 20 Jahren sieben Mio. Rentner mehr und acht Mio. potentielle

Arbeitnehmer weniger haben werden. Und wenn das Einkommen, das bislang erfolgreich vom Markt und von den Tarifpartnern bestimmt wurde, in einigen Berufen nicht ausreicht, dann muss die Differenz von der Solidargemeinschaft aufgebracht werden. Es kann doch nicht sein, dass der Staat Menschen mit geringer Qualifizierung vom Arbeitsmarkt ausschließt.

Das Schlimmste aber ist, dass uns die Wahlgeschenke der Bundesregierung mehr als 15 Milliarden Euro jährlich kosten, während uns gleichzeitig gesagt wird, dass für Infrastruktur und Bildung kein Geld da sei. Unseren Kindern und Kindeskindern werden immer größere Lasten zugemutet, und gleichzeitig wird sehenden Auges das Schaffen der Grundlage dafür verweigert, dass sie diese Lasten auch nur im Ansatz stemmen können. Das hat mit dem „S“ und dem „C“ in den Namen der drei in Berlin regierenden Parteien aber rein gar nichts zu tun, meine Damen und Herren. Das, was unter dem Deckmantel „soziale Gerechtigkeit“ vereinbart wurde, wird in wenigen Jahren das Gegenteil zur Folge haben. Wenn wir hier nicht konsequent gegensteuern, werden wir in Deutschland eine soziale Spaltung nie dagewesenen Ausmaßes erleben.

Zusammen mit unserem Dachverband, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag, fordere ich daher ein Zukunftspaket Deutschland. Und zu diesem muss neben einem groß aufgelegten Investitionsprogramm sowie dem Abbau von Belastungen und Bürokratie selbstverständlich auch eine mittelstandsfreundliche

Erbschaftssteuerregelung gehören. Das Bundesverfassungsgericht hat die Verschonung für Betriebsvermögen zur Sicherung von Arbeitsplätzen grundsätzlich bestätigt. Das ist die gute Nachricht für alle Familienunternehmen. Bis Mitte 2016 muss der Gesetzgeber nun eine Neuregelung vorlegen. Die Politik sollte schnell Rechts- und Planungssicherheit für uns Unternehmer schaffen und klarstellen, dass das bisherige Gesetz zumindest bis zur Neuregelung uneingeschränkt gilt. Und die Anpassung darf Unternehmensübergaben grundsätzlich nicht durch höhere Abgaben und zusätzliche bürokratische Hürden erschweren.

Allein in Schleswig-Holstein stehen in den nächsten Jahren etwa 7.000 Unternehmensnachfolgen an. Es ist ohnehin schon deutlich schwerer geworden, genügend geeignete und risikobereite Kandidaten für eine Übernahme zu finden. In den vergangenen Jahren ist die Zahl derjenigen, die Unternehmertum überhaupt als berufliche Alternative betrachten, um 30 Prozent gesunken. Das ist eine noch immer unterschätzte Problematik, die sich mit dem demografischen Wandel und dem damit für die Arbeitnehmer attraktiveren Arbeitsmarkt weiter verschärfen wird. Da darf die Erbschaftsteuerneuregelung nicht noch ein weiteres Hemmnis bilden. Nicht die Konzernzentralen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Es sind die vielen Familienunternehmen, die unsere Stärke bilden und die Verantwortung für ihre jeweilige Region übernehmen. Auch dies gehört zur Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins, genauso wie eine starke Industrie, verehrte Gäste.

Im Jahr 2013 lag die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins bei 64.200 Euro, und damit 20 Prozent über dem Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche und sogar 25 Prozent über dem des Dienstleistungssektors. Allein diese Zahlen unterstreichen sehr deutlich, wie wichtig die Schaffung und der Erhalt von Industriearbeitsplätzen für unser Land sind: Vom Erfolg der Industrie profitiert die gesamte Gesellschaft.

Jahrzehntelang war die Rede vom unaufhaltsamen Wandel der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes schien naturgesetzlich zu schrumpfen, der Anteil der Dienstleistungen genauso zwangsläufig zu steigen. Gerade die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre in der südlichen Eurozone, aber auch in Großbritannien und in den USA hat deutlich gezeigt: Ohne Industrie, ohne starke industrielle Kerne geht es nicht! Die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahren widerlegt die These, dass die Zukunft nur den Dienstleistungen gehöre. Produktionsfirmen sind der Wachstums- und Innovationstreiber – auch für den Servicesektor.

Deshalb wollen wir in diesem Jahr dem Thema Industrie besondere Aufmerksamkeit schenken. In Vorbereitung dazu haben wir bereits im September und Oktober 2014 Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Industrie gebeten, die Qualität ihrer Standorte einzuschätzen und dabei mehrere Dutzend Standortfaktoren hinsichtlich Wichtigkeit und Zufriedenheit zu bewerten.

In der ersten Jahreshälfte 2015 werden wir die Auswertung der Umfrage und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen veröffentlichen. Auf die Ergebnisse dürfen wir alle gespannt sein.

Zusammen mit den jüngst von uns vorgelegten Studien zur Innovationodynamik und zur demografischen Entwicklung haben wir starke Instrumente geschaffen, die uns und der Politik helfen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Meine verehrten Damen und Herren aus der Kommunalpolitik und Verwaltung in unserem IHK-Bezirk, eine Aufgabe kann ich allerdings schon vorweg nehmen:

- Weisen Sie, wo immer es geht, Industriegebiete aus,
- Schaffen Sie Platz für die Zukunft!

Zur Daseinsvorsorge gehören ausreichend Gewerbeflächen für Ansiedlungen, für Umsiedlungen und für Erweiterungen. Und gehen Sie aktiv auf die Unternehmen zu, werben Sie für Ihren Standort! Wenn Sie darauf warten, dass man bei Ihnen anklopft, werden andere Regionen die Nase vorne haben.

Zu einer erfolgreichen Industriepolitik gehört neben klaren Bekenntnissen und strategischen Konzepten auch ein wirtschaftskompatibler Denkmalschutz. Das neue Gesetz unserer Landesregierung schafft leider mehr Unsicherheit als Klarheit. Meine verehrten Kollegen/innen, Sie meinen vielleicht, Ihre traditionsreiche Produktionshalle steht zu Ihrer freien Verfügung.

Pustekuchen. Der Denkmalschutz schwebt schon jetzt wie ein Damoklesschwert über Ihrem Unternehmen – und Sie wissen das wahrscheinlich nicht. Die IHKs im Land fordern deshalb schlicht und einfach Rechtssicherheit. Dies, meine Damen und Herren, haben wir im Rahmen unserer Politikberatung versucht einzubringen, leider ohne Erfolg. Dabei gibt es in vielen anderen Bundesländern probate Regelungen, verehrte Frau Ministerin Spoorendonk, die man wunderbar hätte übernehmen können. Aber wie sagte ich vorhin: In der Politikberatung ist manchmal Fruststabilität gefragt.

Der aufmerksame Besucher unserer Jahresempfänge wird registriert haben, dass ich bisher weder von der A 20 noch vom Nord-Ostsee-Kanal gesprochen habe. Auch diverse andere dringend erforderliche verkehrliche und sonstige Infrastrukturmaßnahmen habe ich nicht erwähnt. Nun soll sich keiner der Illusion hingeben, wir wären von unseren Positionen abgerückt. Nein, das ist nicht der Fall.

„Meine Damen und Herren, nirgends ist die Nachhaltigkeit so dringend gefordert wie bei der Gestaltung der Infrastruktur als Basis und Ausdruck gesellschaftlicher Daseinsvorsorge. Besonders im Mittelpunkt steht dabei immer wieder die Verkehrsinfrastruktur. Die Verkehrswege sind die Adern durch die das Blut des Wirtschaftskreislaufes fließt. Jede Verengung reduziert die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und jede Verstopfung verstärkt das Infarkttrisiko. Lassen Sie mich anfügen: Es gehört auch zu einer handlungsfähigen Demokratie, nicht jede örtliche

Interessengemeinschaft als Ausdruck von Volkes Stimme hochzustilisieren.“

Vielen Dank für den Beifall, Sie hörten ein Zitat von IHK-Ehrenpräsident Dr. Fritz Süverkrüp aus dem Jahre 1993! Dem habe ich lediglich hinzuzufügen, dass zu den Blutgefäßen des Wirtschaftskreislaufes heute gleichermaßen auch die Breitbandversorgung gehört. Es wird ja nicht unbedingt besser, wenn wir gebetsmühlenartig Jahr für Jahr die gleichen Sorgen vortragen. Der Dauerauftrag, lieber Herr Albig, bleibt bestehen. Die Infrastruktur in Deutschland und ganz besonders im Norden verliert durch jahrzehntelange Unterfinanzierung für jeden erkennbar an Substanz. Diese Vernichtung von Volksvermögen beträgt bei Schleswig-Holsteins Verkehrswegen bereits 900 Millionen Euro. Diese Fakten hat sich nicht die IHK ausgedacht, meine Damen und Herren, es handelt sich vielmehr um eine Berechnung des Landesverkehrsministeriums. Der daraus resultierende Wertschöpfungsverlust ist heute schon riesig und steigt weiter.

Zur Zukunftsfähigkeit gehört eben auch das Instandhalten von Volksvermögen. Es ist genug Geld im System. Für den Erhalt aber auch für Neubauten muss der gesamte Norden von der Bundesregierung vehement und ausdauernd fordern, ihrer Verpflichtung bei dieser überlebenswichtigen Aufgabe endlich und vollumfänglich nachzukommen. Lieber Herr Albig, lieber Herr Meyer, wir stehen an Ihrer Seite!

Das soll es zur Infrastruktur für dieses Mal gewesen sein, beim Thema Bildung, dem Zukunftsthema schlechthin, werde ich mich nicht ganz so kurz fassen können:

Die berufliche Bildung zeichnet sich in Deutschland durch einen ausgeprägten Wirtschaftsbezug aus und dient als Basis der immer bedeutsameren Fachkräftesicherung. Sie ist entscheidend für die Arbeitsmarktnähe, sichert eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit und begründet das ausgezeichnete internationale Renommee unserer dualen Berufsausbildung.

Die schulische Ausbildung unserer Kinder allerdings ist zumeist lebensfremd und – bis auf Ausnahmen – keinesfalls wirtschaftsbezogen. Die Angst vor einer Verschulung der beruflichen Bildung hat uns anlässlich deren Verlagerung ins Schulministerium einen kurzen aber heftigen Schock versetzt. Kurz nur deshalb, weil Sie, liebe Frau Ministerin Ernst, uns glaubhaft versichert haben, dass Sie das Erfolgsmodell duale Ausbildung wichtig nehmen und nicht als Anhängsel der Schulbildung betrachten. Duale Ausbildung ist keine Schulpolitik, sondern Wirtschaftspolitik. Gerne sagen wir Ihnen unsere Unterstützung zu und wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer wichtigen Arbeit! Insbesondere in der Schulpolitik, denn aus unserer Sicht gibt es viel zu tun.

In der Bundesrepublik leben 7,5 Millionen sogenannte funktionale Analphabeten. Das sind im Wesentlichen Schülerinnen und Schüler, die unsere Schulen verlassen, ohne hinreichend lesen und

schreiben gelernt zu haben, und meist dennoch über ein Abschlusszeugnis verfügen. Diese Zahl deckt sich mit der Erfahrung unserer Ausbildungsbetriebe, die in fehlender Ausbildungsreife das größte Ausbildungshemmnis sehen. Immerhin drei Viertel unserer ausbildenden Unternehmen bestätigen diese Aussage. Deshalb wundert es nicht, dass in Schleswig-Holstein in den vergangenen beiden Jahren jeweils 2.500 Ausbildungsplätze in den Bereichen Industrie, Handel und Dienstleistungen mangels geeigneter Bewerber unbesetzt geblieben sind.

Unser Bildungssystem hat die Aufgabe, dass die jungen Menschen erfolgreich in ein gutes und erfüllendes Arbeitsleben starten können. Das begründet unseren Wohlstand und sichert den Menschen soziale und ökonomische Teilhabe. Wir benötigen ein Bildungssystem, das alle vorhandenen Bildungspotentiale ausschöpft. Ein Bildungssystem, das allen Kindern unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft echte Chancengleichheit gewährt, denn das ist die größte soziale Gerechtigkeit.

Aber, meine Damen und Herren, davon sind wir in Schleswig-Holstein weit entfernt. Wir haben keine kostenfreie, verbindliche frühkindliche Bildung zur Vorbereitung auf den Schulstart.

Wir haben keine gebundenen Ganztagschulen ab der ersten Klasse zumindest in den sozialen Brennpunktbereichen. Stattdessen überlassen wir die Kinder bildungsferner oder desinteressierter Eltern sich selbst und akzeptieren, dass am Ende

der vierten Klasse die Hälfte von ihnen nicht wirklich lesen, schreiben und rechnen kann.

Wir haben keine exzellente Lehrerausbildung und auch nicht annähernd eine genügende Anzahl an Lehrkräften und an Fachkräften für schulische Sozialarbeit, die nicht zuletzt durch die neuerlichen Reformen notwendig wären. Die Lehrerstellen, die hochgefeiert nicht gestrichen, sondern im System belassen wurden, werden von den willkürlich zugelassenen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, die obendrein den Gymnasien schaden, mehr als aufgezehrt. Das zeigt schon der gestiegene Unterrichtsausfall. Stattdessen werden Schulen, Lehrkräfte und Kinder völlig allein gelassen. Natürlich sind Durchlässigkeit und Inklusion grundsätzlich richtig und erstrebenswert. Aber wie soll eine gute Unterrichtung von so unterschiedlich begabten Kindern in Gemeinschaftsschulklassen ohne ideologiefreie, wissenschaftlich fundierte Konzepte, ohne zusätzliche Fachkräfte und ohne erforderliche Qualifizierungen funktionieren? Es kann nur auf Kosten der Qualität geschehen, und das tut es auch. Das Absenken von Benotungsstandards und die Abschaffung oder Verbalisierung von Noten ändern daran rein gar nichts. Durch solche Maßnahmen wird allenfalls die Problematik für ein paar Jahre weniger offensichtlich.

Sehr geehrte Frau Finanzministerin, liebe Frau Heinold, aus unseren Gesprächen weiß ich, dass Sie die von mir geforderten Maßnahmen nicht gänzlich für abwegig halten, aber für schlicht

nicht finanzierbar. Für Schleswig-Holstein mag das wohl stimmen, wenn sich am Gesamtsystem nichts ändert. Also hat Frau Ministerin Ernst völlig recht mit ihrer Aussage, dass das Kooperationsverbot falsch ist, denn der Bund hat genug Geld. Meine Damen und Herren, das Verbot gehört abgeschafft, der gesamte Bildungsföderalismus gehört abgeschafft. Nennen Sie mir einen Grund, warum wir daran festhalten sollten. Die Hoheit über die Lehrpläne vielleicht? Oder geht es doch eher um Bildungsideologien?

Die Schulreformen, die hinter uns liegen, haben jedenfalls nicht die Qualität erhöht und Schulfrieden haben sie auch nicht gebracht. Dafür festigen sie aber den Trend zu immer längerem Schulbesuch. Die schon erwähnte nicht nachvollziehbare Genehmigungspraxis für Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, die zu Recht vom Landesrechnungshof kritisiert wird und zum Sterben von Gymnasien gerade im ländlichen Raum führen wird, trägt dazu bei. Der Anreiz für Gemeinschaftsschulen, ihre Schüler möglichst alle bis zum Abitur führen zu wollen, wird erhöht. Damit schwindet dann die Zahl der Absolventen mit mittlerem Abschluss. Gerade das ist aber die bevorzugte Zielgruppe für die duale Ausbildung.

Im Ergebnis wird der Akademisierungswahn gefördert, der wiederum die Zahl der Studienabbrecher erhöht sowie die Zahl der Bachelorabsolventen, deren Einsatzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt häufig schwierig ist. So werden uns erst die Bewerber für die duale Ausbildung fehlen, anschließend dann die arbeitsmarktnah

qualifizierten Fachkräfte. Hier werden Systeme der südlichen EU-Mitgliedsländer kopiert, die mit ihren marktfernen Akademikerausbildungsjahrgängen die Tabelle der Jugendarbeitslosigkeit mit bis zu 50 Prozent anführen. Diesen Irrweg müssen wir verlassen! Dabei helfen wir gerne mit, liebe Frau Ernst, lieber Herr Albig, wir stehen zu unserer Verantwortung. Politikberatung muss auch und gerade für die Bildungspolitik gelten. Nehmen Sie die Kompetenz der IHKs auf diesem Gebiet in Anspruch, das kann nicht falsch sein!

Meine Damen und Herren, nach meinen kritischen Anmerkungen möchte ich gerne eine Lanze brechen. Zum einen für die vielen engagierten Ausbildungsbetriebe und zum anderen für die vielen außerordentlich fleißigen jungen Leute, die nicht nur eine Ausbildung in unseren Unternehmen absolvieren, sondern beispielsweise noch den Führerschein machen und sich häufig auf den Abendschulen oder in den Weiterbildungseinrichtungen der Wirtschaft neben der betrieblichen Ausbildung qualifizieren. Diese jungen Menschen dürfen wir nicht vergessen, wenn wir über Schwächen unseres Systems reden. Wir werden nachher zwei Bundessieger aus unserem IHK-Bezirk ehren, darauf freue ich mich schon jetzt.

Schließen möchte ich meine Ausführungen zur Bildung versöhnlich mit einem Zitat. Es ist 2.500 Jahre alt und stammt vom griechischen Philosophen Sokrates:

„Die Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und

verachtet die Autorität. Sie widerspricht ihren Eltern, legt die Beine übereinander und tyrannisiert ihre Lehrer!“ Dieses Zitat zeigt, dass die Herausforderungen im Bildungsbereich genauso zeitlos zu sein scheinen wie bei der Verkehrsinfrastruktur. Allerdings hoffe ich, dass unsere Einwände doch irgendwann Gehör finden werden und Du, lieber Fritz Süverkrüp, in zweieinhalbtausend Jahren nicht mehr zitiert werden musst.

Meine Damen und Herren, zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes tragen ganz wesentlich auch die Hochschulen bei. Das ist uns wohl allen bewusst. Darum freuen wir uns, dass heute die Christian-Albrechts-Universität nicht nur bei uns im Foyer präsent ist, sondern Präsident Professor Kipp gleich kurz zu uns sprechen wird. Wir jedenfalls stehen im engen Dialog mit der Landesuniversität und natürlich auch mit unseren hervorragenden Fachhochschulen! So leisten wir beispielsweise ganz konkret Unterstützung für gründungswillige Hochschulangehörige. Dafür gibt es in unserer IHK extra Mitarbeiter. Das gleiche gilt für Technologie- und Wissenstransfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Übrigens sind Hochschulen neben ihrem hohen Wert an sich – egal ob Uni oder FH – ein enormer Wirtschaftsfaktor für die Region. Es lohnt sich also in jeder Hinsicht, unsere Hochschulen zu unterstützen und der chronischen Unterfinanzierung entgegenzuwirken. Ich fordere daher erneut dazu auf, unwirtschaftliche Doppelstrukturen auch in diesem Bereich unseres Bildungssystems unbedingt zu vermeiden!

Lieber Herr Prof. Kipp, jetzt freuen wir uns gleich auf Ihre Worte zu unserem gemeinsamen Geburtstagskind, der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Vorab sehen wir noch einen kleinen Film.

Meine Damen und Herren, unsere Kritik ist niemals persönlich gemeint, sondern stets in der Sache und konstruktiv zu verstehen. Schleswig-Holstein ist ein wunderbares Land, hier ist das Glück zu Hause wie sonst nirgendwo. Lassen Sie uns alle gemeinsam alles dafür tun, dass dies so bleibt! Nochmals alles Gute für 2015!